Deutscher Bundestag **Drucksache 15/519**

15. Wahlperiode 05. 03. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Günther Friedrich Nolting, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP sowie der Abgeordneten Ulrich Adam, Ilse Aigner, Dietrich Austermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/194 –

Transatlantische Beziehungen stärken – Potsdam Center fördern

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, wonach die Bundesregierung aufgefordert werden soll,

- die Entscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung zu revidieren und die dem „Potsdam Center for Transatlantic Security and Military Affairs“ gegebene Zusage einer jährlichen Grundförderung in Höhe von 250 000 Euro einzuhalten;
- diese Grundförderung erstmals in den Bundeshaushalt 2003 aufzunehmen sowie
- ebenfalls im Bundeshaushalt 2003 eine Anschubfinanzierung in Höhe von 250 000 Euro aufzunehmen, damit das „Potsdam Center“ den Verpflichtungen nachkommen kann, die auf Grund der durch das Bundesministerium der Verteidigung gegebenen Zusagen bereits eingegangen worden sind.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/194 – abzulehnen.

Berlin, den 19. Februar 2003

Der Verteidigungsausschuss

Reinhold Robbe	**Rainer Arnold**	**Christian Schmidt (Fürth)**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Rainer Arnold und Christian Schmidt (Fürth)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 15/194 in seiner 19. Sitzung am 16. Januar 2003 beraten und an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, Innenausschuss, Rechtsausschuss, Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Das „Potsdam Center for Transatlantic Security and Military Affairs“ wurde als unabhängige akademische Einrichtung an der Universität Potsdam eingerichtet. Es trägt sich aus privaten und öffentlichen Mitteln aus Deutschland und den USA. Seitens der Bundesregierung wurde dem Institut weitere finanzielle Unterstützung – zuletzt anlässlich der Eröffnungsfeier am 4. März 2002 durch den damaligen Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, – zugesagt. Da am 7. Oktober 2002 dem „Potsdam Center“ durch das Bundesministerium der Verteidigung mitgeteilt wurde, dass eine Zusage für eine jährliche Grundförderung in Höhe von 250 000 Euro sowie einen deutschen „NATO-Fellow“ nicht eingelöst werden wird, beantragen daher die Antragsteller die Einhaltung der gegebenen finanziellen Zusagen, die Aufnahme der Grundförderung erstmals in den Bundeshaushalt 2003 sowie eine Anschubfinanzierung in Höhe von 250 000 Euro ebenfalls im Bundeshaushalt 2003.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/194 in seiner 10. Sitzung am 19. Februar 2003 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, bei einer Stimmenthaltung, und der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/194 in seiner 6. Sitzung am 12. Februar 2003 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/194 in seiner 9. Sitzung am 19. Februar 2003 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 15/194 in seiner 7. Sitzung am 19. Februar 2003 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 15/194 in seiner 8. Sitzung am 29. Januar 2003 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/194 in seiner 9. Sitzung am 30. Januar 2003 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/194 in seiner 9. Sitzung am 19. Februar 2003 beraten. Er hat mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der SPD** machte deutlich, dass zwar einerseits die Einrichtung des Forschungsinstitutes „Potsdam Center for Transatlantic Security and Military Affairs“ als unabhängige akademische Einrichtung für aktuelle Fragen der deutschen, europäischen und amerikanischen Sicherheitspolitik zu begrüßen sei, dass aber keine weitere institutionelle Förderung zu Lasten höherer Prioritäten im Verteidigungsbereich erfolgen könne. Dies sei zu Recht auch die Grundposition des Haushaltsausschusses, der bei seiner ablehnenden Entscheidung auf die Beteiligungsmöglichkeit des „Potsdam Centers“ bei der Vergabe von Studienaufträgen auf die „Leitlinien für eine moderne bundesgeförderte politikberatende Forschung auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik (Januar 1998)“ der Bundesregierung abgehoben habe. Eine rechtsverbindliche oder feste Zusage sei – dies sei auch dessen Rede zu entnehmen – vom damaligen Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, am 4. März 2002 nicht gegeben worden. Er habe vielmehr von einer Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten des Bundesministeriums der Verteidigung gesprochen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass der Antrag im Hinblick auf die politische Bindungswirkung der Zusage des damaligen Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, berechtigt sei. Insoweit könne man sich dem Votum des Haushaltsausschusses nicht anschließen. Insbesondere die laufende Zusammenarbeit mit renommierten amerikanischen Instituten rechtfertige die weitere finanzielle Unterstützung durch die jährliche Grundförderung in Höhe von 250 000 Euro, zumal es sich dabei um eine Größenordnung handele, an der der Bundeshaushalt 2003 nicht scheitern werde. Insbesondere in Anbetracht der aktuellen

transatlantischen Beziehungen sei die Förderung der Einrichtung gerade in finanzieller Hinsicht sinnvoll.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie könne nicht nachvollziehen, dass die Zusage des damaligen Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, vom 4. März 2002 am 7. Oktober 2002 zurückgezogen worden sei. Das Ganze habe vielmehr den Charakter einer parteipolitischen Entscheidung, zumal die Enge des Verteidigungshaushalts schon länger bestehe.

Berlin, den 21. Februar 2003

Rainer Arnold	**Christian Schmidt (Fürth)**
Berichterstatter	Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333